

# Einfach zum Verstummen bringen?

Seine Positionen zu Israel sind abzulehnen, muss man daher einen Vortrag des Forschers Andreas Malm zur Klimakrise canceln? Nein! Wer sich Debatten wünscht, in denen es keine Ambivalenz gibt, wünscht sich in Wahrheit gar keine.

Johan F. Hartle

Die Akademie der bildenden Künste Wien hat für ihren öffentlichen Klimaktionstag am 19. Oktober am Schillerplatz den schwedischen Humangeografen und Klimaaktivisten Andreas Malm eingeladen. Mit seiner prononcierten Analyse der Geschichte des fossilen Kapitalismus nimmt Malm eine für uns inhaltlich besonders herausfordernde Rolle ein und wurde in den letzten Jahren von zahlreichen deutschsprachigen Qualitätsmedien wie *Spiegel*, *Zeit*, *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* oder *Focus*, aber auch auf *Arte.tv* vielfach interviewt, zitiert und diskutiert. Was macht seine Thesen zur Klimakatastrophe so interessant?

Weit mehr als alle anderen Fachkommentatorinnen und Fachkommentatoren konzentriert sich Malm auf die strukturellen und sozialhistorischen Ursachen des Klimawandels. Seine Diskussion der notwendigen Formen sozialer Auseinandersetzung und zivilen Ungehorsams macht seine Beiträge zu einer Schlüsselreferenz für die aktuelle Klimabewegung. Seine vieldiskutierten Thesen zu verschiedenen Formen des Aktivismus und zu deren Legitimität sind kontrovers. Sie diskutieren die Möglichkeit und Notwendigkeit der Militanz sowohl in historischem Kontext als auch vor dem Hintergrund von Theorien sozialer Bewegungen, gut informiert, gut lesbar und provokativ.

Solche Diskurse sind absolut notwendiger Bestandteil einer dringend notwendigen Debatte zur Klimakrise, deren Folgeschäden nur wenige so drastisch beschreiben wie Malm. Diese Debatte möchten wir an der Akademie führen und damit auch den Spagat zwischen Veränderung der eigenen Lebensweise und der politischen Auseinandersetzung über strukturelle Veränderungen und größer angelegte politisch notwendige Klimareformen meistern.

Malm ist aber kontrovers nicht nur aufgrund seiner Thesen zum Klima, sondern auch aufgrund politischer Äußerungen zum Israel-Palästina-Konflikt – wie auch DER STANDARD in einem Artikel schreibt (siehe „Umstrittene Einladungspolitik“, 3. 10.).



Setzt auf radikalen Klimaprotest: die Gruppe Extinction Rebellion.

Foto: Reuters / Esa Alexander

„Wir haben in den Universitäten die Möglichkeit, kritisch hinzuschauen, zu kommentieren.“

Malm nimmt auch hier eine radikale und provokante Position ein, wenn er sich zum Beispiel im Zuge einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung im Jahr 2021 mit dem, wie er es nennt, „palästinensischen Widerstand“ solidarisiert und in diese Solidarisierung auch die Hamas miteinschließt. Malm steht mit einer solchen Position nicht allein, sondern ist Teil einer international einflussreichen Bewegung, der auch Vertreterinnen wie die Philosophinnen Angela Davis oder Judith Butler angehören. Diese Position ist nicht die Posi-

tion der Akademie. Sie ist auch nicht meine Position. Sie ist falsch und gefährlich – und nein, wir bieten ihr auch kein Forum. Ist Malm aber deswegen aus jeglichen gesellschaftskritischen Diskursen auszuschließen? Sind seine wichtigen klimapolitischen Thesen deshalb zum Verstummen zu bringen? Nochmals nein. Das kann und darf nicht die Konsequenz sein.

## Kultur der Debatte

Und hier geht es um mehr als Malm – hier geht es um das Vertrauen in akademische Kontroversen und auch um akademische Freiheit. Trust in Science and Democracy (TruSD) heißt ein Programm des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung, dem Bundesminister Martin Polaschek sein volles Engagement versprochen hat. Es widmet sich dem Problem der Wissenschaftsfeindlichkeit und will Sensibilität für wissenschaftliche Standards in der öffentlichen Debatte fördern. Das ist eine hervorragende Initiative. Solches Vertrauen schließt aber das Vertrauen in unsere Arbeitsfähigkeit

ein, dass wir wissenschaftliche Standards und kritische Diskussionen gewährleisten können und – anders als die diversen (sozialen) Medien – eine qualifizierte Kultur der Debatte repräsentieren. Wir haben in den Universitäten die Möglichkeit, kritisch hinzuschauen, zu kommentieren und zu rahmen. In dieser Situation rahmen wir bewusst und stellen zur Diskussion – vor allem das, was gesagt wird: Malms Positionen zur Klimakrise, ihren strukturellen Ursachen und zu den Möglichkeiten, ihnen politisch entgegenzuwirken.

Der Wunsch, dass es in politischen Diskursen von vornherein politische Garantien gibt, dass Autorinnen und Autoren, die Rederecht erhalten, sich vorab umfassend auf einen politischen Kanon verpflichten, ist irreführend und kontraproduktiv. Wer sich wissenschaftliche und politische Debatten wünscht, in denen es keine Ambivalenz und keine Fehler gibt, wünscht sich in Wahrheit keine Debatten.

JOHAN F. HARTLE ist Rektor der Akademie der bildenden Künste Wien.

BARBARA COUDENHOVE-KALERGI

## Ihr habt gut reden!



Ihr habt gut reden, meinte vor kurzem ein Gesprächspartner, als es bei einer Diskussion im Freundeskreis wieder einmal um Sanktionen

gegen Russland, Solidarität mit der Ukraine, Rechte für Flüchtlinge und Migranten ging. Alles Dinge, die von den tonangebenden sogenannten liberalen Eliten rückhaltlos bejaht, von den rechtspopulistischen „Abgehängten“ aber abgelehnt oder infrage gestellt werden. Anständigkeit, sagte der Diskutant, muss man sich leisten können. Hat er recht? Die Frage macht zumindest nach-

denklich. Denn tatsächlich treffen die Einschränkungen, die Russlands Angriffskrieg verursacht hat, die Armen stärker als die Reichen. Länder, die diesen Krieg und die Politik des russischen Machthabers verurteilen, werden von diesem mit dem Entzug von billigem Gas bestraft, Länder, die sich auf Russlands Seite stellen, werden belohnt. Das heißt für den Durchschnittsmenschen zunächst einmal: mehr zahlen fürs Heizen und fürs Essen. Leute aus der Ober- und Mittelschicht können das, wenn's sein muss, verkraften. Für wirklich Arme ist es existenzgefährdend.

Und auch der Zustrom von Menschen aus anderen Kulturen wird von den Eliten

eher als Bereicherung, von den Unterschichten als Bedrohung wahrgenommen. Auf der einen Seite wertvolle Beiträge für die Kulturszene in Gestalt von interessanten neuen Werken der Literatur und der Musik, auf der anderen das Gefühl, berechtigt oder unberechtigt, dass es nun für die einheimischen Bedürftigen weniger Fördergeld, Jobs und Wohnungen gibt und das Vorstadtgrätzl immer fremder und unwirtlicher wird. Der oberflächliche Gesamteindruck: Bildungsbürger helfen und spenden, Populisten schimpfen und hetzen.

Das führt zu einer weiteren gefährlichen Spaltung der Gesellschaft, die von einschlägigen politischen Akteuren genüsslich aus-

genützt wird. Wenn die Eliten als großzügig und die „kleinen Leute“ als hartherzig gelten, kann man den Ersteren nicht nur ihr Geld und ihr Prestige missgönnen, sondern auch ihr gutes Gewissen. Sie können sich eine Anständigkeit leisten, die weniger Glücklichen nicht möglich ist. Wladimir Putins Aggression nicht tatenlos hinnehmen, sondern ihr tapfer die Stirn bieten? Ihr habt gut reden!

Dagegen könnte man allenfalls einwenden, dass die Ukrainer genau das tun: Widerstand leisten, obwohl sie dafür einen weit höheren Preis zahlen müssen als wir im sicheren Westen. Und man könnte auch zahlreiche Beispiele aufzählen, wo

Menschen, denen es selbst gar nicht gut ging, bereitwillig noch Ärmeren zu Hilfe gekommen sind. Trotzdem würden die Mainstream-Liberalen gut daran tun, ihren Gegnern wenigstens zuzuhören und deren Argumente ernst zu nehmen. Bei der Bundespräsidentenwahl werden diese von den rechten Herausforderern des „Establishment-Kandidaten“ Alexander Van der Bellen deutlich vorgebracht: Neutralität, Grenzen schließen, Härte gegenüber Migranten, Härte gegenüber der Europäischen Union.

Sympathisch ist das alles nicht. Aber man muss es zur Kenntnis nehmen. Selbstgerechtigkeit ist das Letzte, das wir jetzt brauchen können.